

## **Postulat über die Zulassung von Lehrstellen in der kantonalen Verwaltung für jugendliche Sans-Papiers**

eröffnet am 16. März 2010

Seit die Schweiz 1984 die Kinderrechtskonvention unterschrieben hat, bekennt sie sich zum Recht auf Bildung für jedes Kind. Dieses beinhaltet insbesondere auch ein Recht auf Berufsbildung. Kinder von Eltern ohne gesetzlichen Aufenthaltsstatus können deshalb bedingungslos die Volksschule besuchen. Es steht diesen Kindern auch der Weg ans Gymnasium offen. Eine Berufsausbildung können diese Jugendlichen hingegen nicht absolvieren. Dies auch deshalb, weil das Fehlen eines gesetzlichen Status für potenzielle Arbeitgebende ein Hinderungsgrund ist. Dieser Umstand ist sehr widersprüchlich und unseres Erachtens nicht länger tolerierbar.

Nachdem die Stadt Lausanne bereits angekündigt hat, dass sie Lehrstellen für jugendliche Sans-Papiers schaffe, und das Kantonsparlament der Waadt dieses Ansinnen stützte und ein Vorstoss im Nationalrat, der Jugendlichen ohne gesetzlichen Status, die ihre Schulbildung in der Schweiz absolviert haben, den Zugang zu einer Berufslehre ermöglichen soll, überraschenderweise überwiesen wurde, scheint es angebracht, dass sich auch die kantonale Verwaltung Gedanken darüber macht, wie Lehrstellen für diese Personengruppe geschaffen werden können.

In einer Studie aus dem Jahr 2005 für das Bundesamt für Migration wird geschätzt, dass die Anzahl Sans-Papiers in der Schweiz rund 90'000 Personen ausmacht. Als sechstgrösster Kanton ist davon auszugehen, dass auch im Kanton Luzern eine stattliche Anzahl Sans-Papiers wohnt und arbeitet und deren Kinder die Volksschule besuchen. Diese Kinder sind oft in der Schweiz geboren und sehr gut integriert. Jugendliche, welchen die berufliche Ausbildung verwehrt wird, werden so von Staates wegen zum Nichtstun verurteilt oder direkt in die unkontrollierte Schwarzarbeit gewiesen oder können in die Delinquenz abdriften und verursachen beim Staat Kosten in Form von Polizeileistungen und Haft. Besser wäre es, diesen Jugendlichen eine Perspektive in Form einer Berufsausbildung zu bieten.

Wir fordern den Regierungsrat auf, zu prüfen, wie viele Lehrstellen für die genannte Zielgruppe in der Verwaltung geschaffen werden können.

*Rebsamen Heidi*  
Greter Alain  
Frey Monique  
Borgula Adrian  
Meile Katharina  
Hofer Andreas

Töngi Michael  
Froelicher Nino  
Reusser Christina  
Suntharalingam Lathan  
Duss-Studer Heidi